

# Die Krise des Japanischen Akkumulationsregimes: Vom Lohn- zum Geldregime

Barbara Fuchs

Nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich in Japan ein stabiles Wachstumsregime nachweisen, das mit dem Begriff Toyotismus belegt ist. Die Ursprünge dieses Regimes lassen sich bis ins 17. Jahrhundert nachweisen, als das Japanische Reich befriedet wurde und sich die sozialen Normen der Gesellschaft vereinheitlichten.

Der vorliegende Artikel greift die historische Entwicklung jener Institutionellen Formen auf, die nach dem Zweiten Weltkrieg das toyotistische Akkumulationsregime charakterisierten. Nach einer kurzen Darstellung der Institutionellen Formen und der typischen Regulationsweise, folgt eine Untersuchung der Krisenphänomene, die sich durch die anhaltende Rezession manifestieren. Es wird die These aufgestellt, daß es sich aus regulationstheoretischer Sicht um eine Anpassungskrise handelt, die durch eine Verschiebung der hierarchischen Ordnung der Institutionen verursacht wurde. War während des Toyotismus das Lohnverhältnis die zentrale Regulationsinstanz, so rückt seit dem Platzen der Seifenblasenwirtschaft das Geldverhältnis in den Mittelpunkt des regulativen Arrangements.

## 1. Historische Ursprünge

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts entschied das Kriegerhaus der Tokugawa den Jahrhundertlang währenden Machtkampf zwischen dem Kaiserhaus in Kyoto und konkurrierenden Kriegerhäusern für sich. Der göttliche Kaiser (*Tennō*) wurde aus der politischen Sphäre verbannt und Tokyo zum machtpolitischen Zentrum Japans.

Diese Herrschaftsepoche der Tokugawa-Schogune (1603-1868) kann als frühe Moderne Japans bezeichnet werden, da die politische Isolation des Reiches, der anhaltende Frieden und der zunehmende Wohlstand die sozialen Normen, in deren Zentrum die japanische Hausgemeinschaft (*Ie*) stand, sich vereinheitlichten und stabilisierten (Shimada 1994, S.135). Der schogunale Sozialkodex, der die Gesellschaft strikt in eine Schicht von Konsumenten (Kaiserhaus, Kriegerhäuser) und eine von produzierenden Bauern, Handwerkern und Händlern, einteilte, förderte die Spezialisierung und wirkte sich positiv auf den Handel aus. Bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts lassen sich überregionale Märkte, regionale Währungssysteme und Formen kommerzieller Auftragsfertigung nachweisen (Hanley und Yamamura 1977; Miyamoto u.a. 1995).

Der wirtschaftliche Aufschwung wurde dem Herrscherhaus der Tokugawa jedoch zum Verhängnis. Unfähig nötige Reformen durchzuführen, verschuldete sich die Oberschicht zunehmend bei den mächtigen Handelshäusern wie etwa Mitsui, Sumitomo oder Nomura, um ihren Konsum und die Verwaltung des Landes zu finanzieren. Als zu den internen Schwierigkeiten in den 1850er Jahren noch

die Bedrohung durch die imperialistischen Westmächte kam, verbündeten sich abtrünnige Kriegerhäuser mit dem Kaiserhaus und stürzten den Schogun. Die Meiji-Restauration im Jahr 1868 führte zur Wiedereinsetzung des *Tenno* als göttliches Staatsoberhaupt. Die neue politische Oligarchie der Meiji-Regierung organisierte sich formal nach preußischem Vorbild und schuf durch weitreichende Reformen im Sozialbereich, bei den Finanzen und im Militärbereich die materiellen Grundlagen für das staatliche Modernisierungs- und Industrialisierungsprojekt.

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß sich die Meiji-Regierung politisch auf die Wiedergewinnung der politischen Autonomie gegenüber den Westmächten und die militärische Ausdehnung des Reiches konzentrierte. Dazu übertrug sie die wirtschaftliche Kompetenz an ihre Bürokratie, die sich aus ehemaligen Angehörigen der Oberschicht zusammensetzte. Die Regierung war gewillt, den Technologietransfer über die Errichtung staatlicher Modellfabriken zu organisieren. Fehlende Erfahrung im industriellen Bereich sowie ein Mangel an Lohnarbeitskräften verursachten jedoch bald hohe Defizite, und in den 1880er Jahren entschied sich die Regierung, die staatlichen Unternehmen billig an die Handelshäuser sowie junge Unternehmer zu veräußern. Die günstige Abgabe der Fabriken beruhte allerdings auf der Verpflichtung der neuen Eigentümer, die Produktion den nationalen Interessen unterzuordnen und die Vergesellschaftung der Arbeit zügig voranzutreiben.

In der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg formierten sich aufgrund der unternehmerischen Strategien die typisch japanische Industriestruktur und gleichzeitig die Ausprägungen des Lohnverhältnisses.

Die ehemaligen Handelshäuser und ebenso die Neugründungen organisierten sich nach jenem Muster, das sich bereits zur Zeit des Schogunats abgezeichnet hatte. Es wurde eine Holding gegründet, die zu 100% im Eigentum einer Familie war. Kern jeder Unternehmensgruppe, die als *Zaibatsu* bezeichnet wurden, war ein Dreigespann aus einer Hausbank, einem Handelshaus und einem oder mehreren Produktionsbetrieben. Diese Unternehmen, die den staatlich geförderten modernen Sektor dominierten, formten die oberste Hierarchiestufe eines jeden *Zaibatsu*. Die vertikale Komponente bestand aus einer Reihe von abhängigen Zulieferbetrieben, die sich aus gewerblichen Kleinbetrieben und auf unterster Ebene aus Nebenerwerbsbauern zusammensetzten.

Die anfänglichen Schwierigkeiten der Unternehmen Arbeitskräfte anzuwerben, der geringe Ausbildungsstand sowie die hohe Fluktuation der Facharbeitskräfte, die meist aus den handwerklichen Betrieben abgeworben wurden und eigenständiges Arbeiten gewohnt waren, wurden schließlich mit staatlicher Unterstützung und über unternehmerische Absprachen, durch die Kopplung der Lohnentwicklung an die Betriebszugehörigkeit, den Aufbau interner Ausbildungsstätten und durch betriebliche Sozialleistungen überwunden. Die innerbetriebliche Organisation und Ausbildung wurden dabei den Erfordernissen der Industrialisierung auf Basis fremder Technologie, vor allem dem vielseitigen Einsatz der Arbeitskräfte im Produktionsprozeß und die Bereitschaft, sich kontinuierlich neue Fähigkeiten anzueignen, angepaßt. Der Führungsstil der Unternehmer versuchte außerdem die sozialen Muster der häuslichen Gemeinschaft zu funktionalisieren, um den Arbeitswillen der Arbeitskräfte zu erhöhen. Als Beispiele lassen sich die Internalisierung von *ie*-ähnlichen Normen wie die Ausrichtung an langfristigen

(Unternehmens-) Bestandszielen, die Belohnung von Erfahrungsaufbau im Unternehmen, repräsentiert durch das Senioritätsprinzip, das Harmoniestreben im Innen und das Zusammenspiel von Konkurrenz und Kooperation in und zwischen Betrieben anführen (Kitajima 1970; Pyle 1969; Yamada 1995).

Nicht zuletzt wegen der militärischen Erfolge der Meiji-Regierung im Krieg gegen Rußland, konnte Japan bald zu politischer und wirtschaftlicher Autonomie zurückkehren. Als der erste Weltkrieg zu einem Rückzug der westlichen Mächte aus Asien führte, nutzte die Meiji-Oligarchie ihre militärische Macht, um sich Zugang zu diesen Märkten und zu Rohstoffen in China zu verschaffen. Als sich etwa zur gleichen Zeit erste Organisierungstendenzen der Arbeitskräfte in Japan abzeichneten und die Entwicklungen in Rußland die politische Stabilität der Region gefährdeten, kam es nach dem Jahr 1918 zu einem deutlichen Rechtsruck in der japanischen Politik, der sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise noch verschärfte, und schließlich zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg führte (Yamamura u.a. 1987).

## **2. Die Formation und die Stabilisierung des toyotistischen Akkumulationsregimes**

Mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg begann jene Phase der japanischen Entwicklung, die sich aus regulationstheoretischer Sicht als kohärentes Akkumulationsregime konzipieren läßt. In der Formation dieses Regimes spielten die weltpolitischen Rahmenbedingungen, das institutionelle Erbe aus der Meiji-Epoche, und das Streben nach Demokratisierung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen eine dominante Rolle.

In den Mittelpunkt der japanischen Interessen rückte die Aushandlung eines sozialen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit, der den Wiederaufbau der japanischen Nation zu einer Wirtschaftsmacht unter demokratischen Voraussetzungen sichern sollte. Daß dieser soziale Kompromiß unter dem Fortbestand der früheren Industriestruktur in Verbindung mit dem Lohnverhältnis zustande kam, wurde unter anderem durch die Zugeständnisse der Besatzungsmächte unter amerikanischer Führung möglich. Bereits nach der Verfassungsreform im Jahr 1946, die Japan in eine parlamentarische Monarchie umwandelte, und den frühen Kriegsverbrecherprozessen, zeigte sich die Besatzungsmacht hinsichtlich der Regierungsbildung großzügig, da sie im Klima des Kalten Krieges an einer starken Bündnispartnerin im Pazifik interessiert war. Genaugenommen akzeptierten die US-Behörden ein politisches Regime, daß sich als kaum veränderte Fortsetzung früherer Regierungen präsentierte. Daß die staatliche Bürokratie mit ihren weitreichenden wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen nahezu unangetastet blieb, läßt auf eine Fehleinschätzung ihrer damaligen Macht seitens der US-Behörden schließen.

Die großangelegten Zerschlagungsvorhaben der Zaibatsu wurden ebenfalls revidiert und im wesentlichen auf die Enteignung der Familien und dem Verbot von Holdinggesellschaften limitiert. Dabei hielten bei Kriegsende die vier größten Zaibatsu – Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo und Yasuda – 25% des gesamten Grundkapitals aller japanischen Aktiengesellschaften, wobei sie 49,7% des Finanzsektors und 32,4% der Schwerindustrie kontrollierten. Weitere 16,6% der Schwerindustrie

teilten sich die sechs kleineren Zaibatsu Nissan, Asano, Furukawa, Okura, Nakajima (Fuji) und Nomura. Von den geplanten 325 Zaibatsu-Auflösungen wurden schließlich nur 17 in vollem Ausmaß durchgeführt (Nakamura 1994 S. 140).

Nach Enteignung der Zaibatsu-Familien wurden die einzelnen Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Finanzierung dieser Unternehmen erfolgte unter staatlicher Kontrolle durch Nominalvermögen der Haushalte aus der Vorkriegszeit und durch wechselseitige Beteiligungen der Unternehmen. In Folge der sich zuspitzenden Konflikte mit Korea sowie dem Nachfrageüberhang der japanischen Binnenwirtschaft, kam es bereits zu Beginn der 1950er Jahre zu weiteren Konzentrationserscheinungen, die aus politischen Interessen auch seitens der Vereinigten Staaten toleriert wurden. Die ehemaligen *Zaibatsu*-Betriebe schlossen sich in Unternehmensgruppen, sogenannten *Keiretsu*, zusammen, deren oberste Ebene neuerlich aus einer Hausbank, einem Handelshaus und mehreren modernen Produktionsstätten mit nachgelagerten Zulieferbetrieben bestand. Ebenso wie die Unternehmen eines einzigen *Keiretsu* auf höchster Ebene horizontal durch wechselseitigen Aktienbesitz untereinander und mit den Spitzenunternehmen anderer *Keiretsu* verflochten sind, halten die Unternehmen der obersten Hierarchiestufe Mehr- und Minderheitsbeteiligungen an den Zulieferbetrieben des eigenen *Keiretsu*. Traditionelle Gewerbebetriebe werden durch persönliche Geschäftskontakte an ein *Keiretsu* gebunden (Nakamura 1994).

Der wechselseitige Aktienbesitz ermöglichte die Ausrichtung der *Keiretsu* an langfristigen Wachstumszielen und repräsentierte einen effizienten Schutzmechanismus gegen feindliche Übernahmen. In den Jahren von 1950 bis 1970 ging der Anteil an privatem Streubesitz der *Keiretsu*-Aktien zugunsten von institutionellen Anlegern, vorwiegend japanischen Finanzinstituten, weiter zurück. Im Jahr 1968 befanden sich 30,3% aller, an der Tokyoter Börse gelisteten, Aktien im Besitz von Banken und anderen Finanzinstituten. Weitere 21,4% wurden von Unternehmen gehalten und gelangten ebenfalls nicht in den freien Handel (Aoki 1988, S. 271ff; 1987).

Die Finanzierung und Steuerung der *Keiretsu* wurde durch die Kontrolle der japanischen Regierung über das Geld- und Kreditwesen sowie die Nähe des bürokratischen Apparates zu den ehemaligen Zaibatsu-Banken abgesichert. Um die langfristige Kontrolle über den Kapitalmarkt zu stabilisieren, verfolgte die Regierung eine Politik der niedrigen Zinsen. Damit stärkte sie das traditionelle Hausbankensystem und machte die Kreditfinanzierung der Unternehmen durch ihre Hausbank attraktiv. Durch rigide Kontrollen des Bankensektors (Marktzutritts- und Austrittsbestimmungen, Devisenbewirtschaftung, Finanzinnovationen, striktes Trennbankensystems u.a.m.) verhinderte die Regierung zusätzlich die Herausbildung eines unabhängigen Finanzmarktes (siehe hierzu auch die Ausführungen von R. Heinz im vorliegenden Heft).

Mit der Stärkung des Hausbankensystems sicherte sich die staatliche Bürokratie auch die indirekte Steuerung der Industrie. Historisch gewachsen, übernahmen die Hausbanken nicht nur Finanzierungsfunktionen, sondern beteiligten sich über Informationsbeschaffung und Beratungsleistungen an den unternehmerischen Investitionsentscheidungen des zugehörigen *Keiretsu*. Aufgrund dieses spezifischen Sicherheitsverhältnisses zwischen Hausbank und *Keiretsu* konnte der Staat über die Bankenkontrolle die Finanzierung ganzer Sektoren kanalisieren. Während das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie die strategischen Wachstums-

sektoren identifizierte, war das Finanzministerium für die Kontrolle und Steuerung der Kreditvergabe zuständig (Nabeshima 2000; Waldenberger 1998; Yamada 2000).

Nachdem der Konsolidierungsprozeß der Industrie abgeschlossen war, versuchten Staat und Unternehmen die Probleme am Arbeitsmarkt zu lösen. Die Situation war während und kurz nach der Okkupation durch einen generellen Mangel an Facharbeitskräften gekennzeichnet, der die Gewerkschaftsbewegung stärkte. Erste horizontale Gewerkschaftsbündnisse wurden jedoch von der japanischen Regierung im Interesse der Industrie und in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden, die Betriebsgewerkschaften bevorzugten, verboten.

Zu Beginn der 1950er Jahre rüsteten sich die Arbeitskräfte der großen und mittleren Produktionsunternehmen, unter der Koordination der Richtungsgewerkschaften Sohyô und Domei, zum Kampf gegen die gemeinsame Front von Staat und Kapital. In den Jahren von 1946 bis 1955 stieg die Zahl der Betriebsgewerkschaften von 17.266 auf 32.012 und die Zahl ihrer Mitglieder auf 6,2 Millionen Arbeitskräfte. Die Gewerkschaften forderten vor allem die Ausdehnung der Beschäftigungsprivilegien wie Lebenslange Anstellung, Teilnahme an unternehmensinterner Aus- und Fortbildung und soziale Absicherung auf die Mehrheit der männlichen Beschäftigten (Tsuru 1992).

Im Jahr 1956 erzielte die Arbeiterbewegung ihren ersten großen Erfolg. Die zahlreichen Arbeitsniederlegungen führten zur Anerkennung von kollektiven Lohnverhandlungen im Rahmen des *Shunto* (Frühjahrskampf), der die Verhandlungsmacht der Betriebsgewerkschaften stärkte und es ermöglichte, die betrieblich ausgehandelten Löhne über Verhandlungen der Dachverbände zu koordinieren. Der Frühjahrskampf entwickelte sich in den Jahren nach 1960 zu einem Instrument, das zur Durchsetzung abgestimmter Lohnerhöhungen in einzelnen Industriezweigen sowie zwischen den Branchen führte.

In den 1960er Jahren zeichnete sich die Institutionalisierung eines Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit ab. Im Austausch gegen ein Höchstmaß an Beschäftigungssicherheit und sozialer Absicherung erklärten sich die Arbeitskräfte bereit, die Erfordernisse des Industriekapitals nach Flexibilität und Mobilität zu akzeptieren. Diese Erfordernisse erklärten sich aus dem historischen Erbe und der Notwendigkeit den technischen Rückstand über effizienten Technologietransfer und innovative Nachahmungen aufzuholen. Die Flexibilität der Arbeitskräfte und die innerbetriebliche Karriere, die wesentlich vom Senioritätsprinzip geprägt ist, wurden auch durch das japanische Bildungssystem gefördert, das weniger auf Spezialisierung als auf die Bereitschaft, sich vielseitige Fähigkeiten immer wieder neu anzulernen, ausgerichtet ist. Auch die Einstellungspraktiken der Unternehmen, die in terminlicher Übereinstimmung mit den universitären Abschlußprüfungen und dem japanischen Steuerjahr ausschließlich im April jeden Jahres neue Arbeitskräfte aufnehmen, wirkten sich stabilisierend auf die Bildung eines internen Arbeitsmarktes aus.

Seit den 1960er Jahren wurden dann Teile der Profite der Industrie über die gewinnabhängige Ausbezahlung von zwei Jahresboni, in Höhe von bis zu 6 Monatsgehältern, sowie über die lockere Kopplung der Lohnsteigerung an die Produktivitätszuwächse an die Arbeitskräfte weitergegeben.

In Folge der Wachstumsimpulse verbesserte sich zu Beginn der 1960er Jahre auch die wirtschaftliche Lage der Zulieferbetriebe der zweiten und dritten Kei-

*retsu*-Ebenen. Aufgrund ihrer verbesserten Ertragsituation konnten sie eigene Rationalisierungsvorhaben durchführen und höhere Löhne ausbezahlen. Darüber hinaus partizipierten sie über die spezifische Struktur der *Keiretsu* von den Technologiefortschritten des modernen Sektors. Die Modernisierung der mittleren Ebene brachte eine nochmalige Ausdehnung der lebenslangen Beschäftigung, den Ausbau betrieblicher Sozialleistungen, die Anpassung der Lohnentwicklung an den Lebenszyklus der Arbeitskräfte und die weitere Absicherung von Arbeitsplätzen mit sich. Seit dem Jahr 1965 läßt sich ein Rückgang der Lohndifferenziale zwischen den Betrieben unterschiedlicher Größe ausmachen, die bis zu Beginn der 1980er Jahre annähernd konstant blieben.

Während die männlichen Arbeitskräfte ihre Forderungen durchsetzen konnten, blieb den weiblichen Arbeitskräften der Zugang zu unternehmerischer Fortbildung und anderen Privilegien verschlossen. Den Frauen wurde vielmehr die traditionelle Rolle in der Familie und als Teilzeitkraft am Arbeitsmarkt zur Anpassung an konjunkturelle Schwankungen zugewiesen (Uemura und Isogai 1995, Yamada 1995, Yamada 2000).

Basierend auf den obigen Ausführungen läßt sich die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Wachstumsdynamik auf die Stabilisierung und Kontrolle des Kapitalmarktes, die damit einhergehende staatliche Lenkung der industriellen Entwicklung und die Aushandlung des sozialen Kompromisses in den Unternehmen des modernen Sektors zurückführen. Im Gegensatz zur fordistischen Dynamik, wird das Wachstum nicht von der Verallgemeinerung des Lohnverhältnisses und der Nachfrage nach Konsumgütern aus der Massenproduktion getrieben, sondern durch die Investition der Unternehmensprofite in den produktiven Sektor der Abteilung I (Investitionsgüter). Die Abstimmung der Institutionen wird durch die spezifischen Ausprägungen des Lohnverhältnisses garantiert (Miyamachi und Peck 1994).

Im Gegensatz zum Fordismus kam es im Toyotismus nicht zur Herausbildung eines ausgeprägten Wohlfahrtsstaates. Im Jahr 1970 betragen die Aufwendungen für soziale Leistungen des Staates lediglich 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes. In den frühen 1970er Jahren führten sozialpolitische Massnahmen zwar zu einer kurzfristigen Ausweitung der staatlichen Leistungen. Die veränderten Rahmenbedingungen wie niedrigere Wachstumsraten und der Anstieg des Anteils alter Menschen an der Bevölkerung, resultierten aber in den 1980er Jahren zu einer neuerlichen Abwälzung der steigenden Sozialkosten an die beitragsleistenden Versicherten und ihre Arbeitgeber (Oberländer 1998, S. 58 ff).

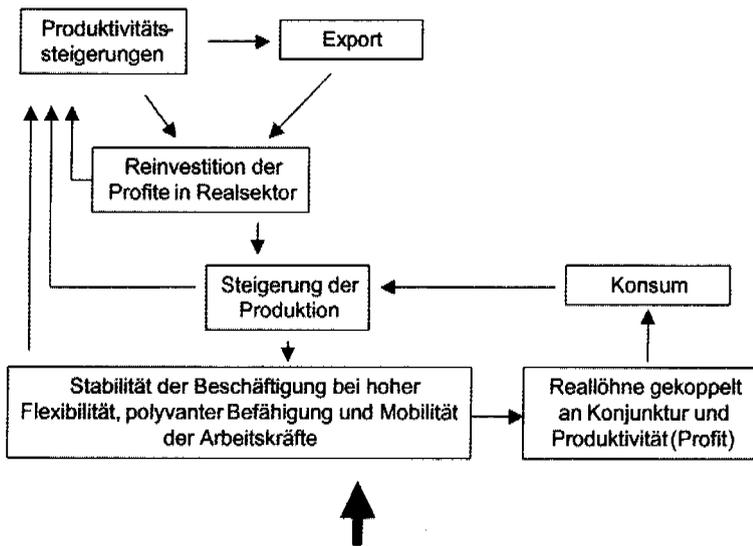
Die eigentliche Zentralität des Lohnverhältnisses offenbarte sich jedoch nicht in der Periode starken Wachstums (1955-1974), sondern erst in den Jahren bis zum Platzen der Seifenblasenwirtschaft. Denn erst die immanenten Flexibilitäten des Lohnverhältnisses ermöglichten es den japanischen Unternehmen relativ rasch zu zwar geringeren, aber stabilen Wachstumsraten zurückzukehren und dabei die investitionsgetriebene Wachstumsdynamik beizubehalten. Auch in Japan führten die beiden Ölpreisschocks zu signifikanten Wachstumseinbußen. Im Jahre 1974 erreichten sie mit einer rückläufigen Quote von -0,4% ihren tiefsten Punkt (Kuwahara 1990, S. 148). Zur Überwindung der Krise versuchten Staat und Unternehmen den Exportsektor auszuweiten und die Produktivität über eine weitere Flexibilisierung der Massenproduktion zu erreichen. Dabei konnten die Unter-

nehmen auf die Flexibilitäten des Lohnverhältnisses zurückgreifen. Die Beschäftigung wurde zunächst über eine Reduktion von Neueintritten sowie die vermehrte Anstellung von Frauen in Beschäftigungsverhältnissen ohne Privilegien angepaßt.

Das steigende Angebot an Arbeit stärkte auch die Verhandlungsmacht der Arbeitgeberseite in Frühjahrskampf und bewirkte niedrige Lohnsteigerungen. Die Lohnkosten wurden zusätzlich über eine Kürzung der Boni-Zahlungen und den temporären Transfer von Arbeitskräften zu Zulieferbetrieben gesenkt. Interne Transfers in absatzorientierte Abteilungen sollten außerdem den Verkauf steigern. Die Personaltransfers (*Shukko*) wurden damals von den Zulieferbetrieben genutzt, um vom Fachwissen der Industriespitze zu profitieren und sie halfen, die Distribution zwischen den hierarchischen *Keiretsu*-Stufen zu rationalisieren.

Dank der staatlich geförderten Exportorientierung und dem staatlich gelenkten Strukturwandel kehrten die Unternehmen rasch zu geringeren, aber stabilen Profitraten zurück. Die Investitionen zogen erneut an, die Produktivitätsfortschritte stabilisierten sich und das Regime verfestigte sich erneut nach quasi altem Muster. Die unternehmenszentrierte bzw. korporatistische Regulation wurde in der Folge von allen Akteuren als wohlstandsgarantierender Abstimmungsmechanismus internalisiert. Die folgende Abbildung stellt die Dynamik des Toyotismus in vereinfachter Form dar.

Abbildung 1: **Akkumulationsregime und Korporatistische Regulation**



**Korporatistische Regulation**  
 (Beschäftigungsstabilität Ausrichtung des Kapitalmarktes zur Finanzierung der Beschäftigungsgarantie Ausschluss von Finanzkapitalinteressendurch den Staat und durch wechselseitigen Aktienbesitz der Keiretsu.)

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Yamada 2000

### 3. Die Krise der Korporatistischen Regulation

Die Transformation des Kapitalmarktes und die wechselvolle Politik seit den frühen 1980er Jahren schwächten zunächst das Hausbankensystem. Ausgelöst wurden die Veränderungen auf dem Finanzmarkt durch die Anhäufung von Kapital durch die Unternehmen. Dadurch stärkten sie ihre Verhandlungsmacht gegenüber den Hausbanken. Die Internationalisierung der Geschäftstätigkeit verminderte zusätzlich ihre Bereitschaft, Profiteinbußen aufgrund überhöhter Zinszahlungen an die Hausbank in Kauf zu nehmen und stärkte das Bedürfnis nach Diversifikation ihrer Kapitalbeschaffung. Weiters stieg mit der Partizipation und dem Erfolg der japanischen Wirtschaft der politische Druck seitens der USA, den Finanzmarkt zu deregulieren. In der Folge wurden seit Beginn der 1980er Jahre staatliche Kontrollen zurückgenommen und Restriktionen bei Fremdwährungs- und Finanztransaktionen aufgehoben, wodurch sich der Kapitalfluß ins Ausland intensivierte. Vor allem die exportorientierten Unternehmen begannen sich auf den fortgeschrittenen internationalen Finanzmärkten zu refinanzieren und tätigten hohe Auslandsinvestitionen zur Verlagerung ihrer Produktion in Billiglohnländer sowie zur Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit in den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. Das Trennbankensystem wurde aufgeweicht, und die Wertpapiermärkte vertieften sich in Folge der intensivierten Konkurrenz.

Im Jahr 1985 wurde nach Verhandlungen mit den USA der Plaza-Akkord zur Aufwertung des Yen verabschiedet. Mit seiner zunehmenden Bedeutung als Leitwährung wurde der Yen immer weniger durch die Produktivitätszuwächse der japanischen Industrieunternehmen als durch die volatilen Entwicklungen am internationalen Finanzmarkt bestimmt.

Die Finanzmarktinnovationen paralyisierten das stabilitätsorientierte Zusammenspiel der staatlichen Finanzbehörden, der Banken und der Industrieunternehmen. Gleichzeitig wurde jedoch die Praxis des wechselseitigen Aktienbesitzes aufrechterhalten. In Verbindung mit der anhaltenden Regulation des Finanzmarktes, wie etwa beschränkte Zulassungen ausländischer Investmentbanken an der Tokyoter Börse, überhöhter Transaktionsgebühren, Restriktionen ausländischer Direktinvestitionen und Verbot von Unternehmensübernahmen durch Aktientausch, wurde deshalb weiterhin verhindert, daß der Finanzmarkt vermittelt durch kurzfristige Profitinteressen die disziplinierenden Kontrollfunktionen des geschwächten Hausbankensystems übernahm (Nabeshima 2000; Waldenberger 1998; Kashiwabara 1999).

Die zunehmende Konkurrenz am japanischen Binnenmarkt um Kreditnehmer führte um die Mitte der 1980er Jahre zu Reaktionen des Staates. Die öffentliche Hand sprang ein und finanzierte Infrastrukturprojekte, wie etwa den Kansai-Flughafen in Osaka oder die Tokyo Bay Projekte über Kreditaufnahmen. Die Banken fokussierten ihre Kreditvergabe zuerst auf den Immobiliensektor und in Reaktion auf die ansteigende Nachfrage auch auf spekulative Kapitalmarktgeschäfte, die durch Immobilien abgesichert wurden. Dies heizte die Immobilienpreise und die Börse weiter an.

Im Jahr 1989 entschloß sich die Japanische Zentralbank in diese Spirale einzugreifen. Sie erhöhte den Leitzins und setzte zur Reform der Bilanzierungsvorschriften an. Die Anhebung der Leitzinsen führte zum Platzen der Seifenblase und leitete die tiefste Rezession der Japanischen Wirtschaft ein. Gemessen am BSP

und der Entwicklung der Tokyoter Börse leiten die Jahre 1991 und 1992 die Krise ein. Während sich der Nikkei-Average Index der Tokyoter Börse Ende des Jahres 1989 noch auf 38.915 Punkte belief, schloß er im Jahr 1990 nur noch 22.983 und erreichte im Jahr 1992 ein Tief von 16.924 Punkten. Die Wachstumsrate sank vom Jahr 1990 von 5.1% auf 1.0% im Jahr 1992 und verblieb seither auf ähnlich niedrigem Niveau (Annual Report on National Accounts 1999).

In den Jahren unmittelbar nach dem Platzen der Seifenblase offenbarten sich die strukturellen Schwächen des Bankensektors sowie zahlreiche korruptive Praktiken, die sicherlich als negative Seite der engen Kooperation zwischen staatlicher Bürokratie, Finanzbehörden und Banken zu interpretieren sind. Die angelaufenen schlechten Kredite belasten selbst die größten Bankinstitute. Der Staat muß erstmals öffentliche Gelder zur Rettung zahlreicher kleiner Institute einsetzen, um eine Panik zu verhindern (siehe hierzu auch die Ausführungen von R.Heinz im vorliegenden Heft).

Im Gegensatz zur vorangegangenen Krise Mitte der 1970er Jahre, haben die Unternehmen während dem wirtschaftlichen Boom in den späten 1980er Jahren Überkapazitäten aufgebaut. Der starke Yen erschwert die Ausweitung der Exportindustrie, insbesondere in die Vereinigten Staaten. Der Wegfall der asiatischen Märkte in Folge der asiatischen Finanzkrise verschärft die Lage der Unternehmen und verhindert, daß die Senkung des Diskontsatzes auf 0.5% sowie erste Impulspakete des Staates greifen. Die Nachfrage nach Krediten geht weiter zurück und erschwert die Restrukturierung und Refinanzierung der geschwächten Bankinstitute.

Die Unternehmen versuchen allerdings über die Mechanismen des Lohnverhältnisses auf die Rezession zu reagieren. Es kommt zum Einsatz jener Instrumente, die sich bereits in der vorangegangenen Krise bewährten. Die Anpassung der Beschäftigung erfolgt über eine Reduktion der Neueinstellungen, einen Überhang an Einstellungen von Frauen in Teilzeitbeschäftigung, zur Verlagerung von Mitarbeitern in Verkaufsorganisationen und Zulieferbetriebe sowie zu einer massiven Kürzung der Boni. Die geringe Nachfrage am Arbeitsmarkt schwächt die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerseite erneut und führt zu signifikanten Rücknahmen der Lohnsteigerungen während der Frühjahrsverhandlungen (Boyer und Juillard 1995; White Paper of Labour 1999).

Was sich einst als Garant zur Bewältigung der Krise bewährte, entpuppt sich unter den veränderten strukturellen Rahmenbedingungen möglicherweise zum Verhängnis. Die Unternehmen müssen, um auf die Akzeptanz ihrer Lohn- und Arbeitsanpassungen zählen zu können, die Beschäftigungssicherheit für die privilegierte Kernbelegschaft unter allen Umständen aufrecht erhalten. Die Stabilität der Kernbelegschaft wirkt sich kurzfristig jedoch nachteilig auf die Produktivität aus und verzögert die Rückkehr zu wachsendem Profit. Die angespannte Lage wirkt sich auch auf die Zulieferbetriebe aus, die sich nicht mehr in der Lage sehen, die Anpassungskosten über Personaltransfers mitzufinanzieren. Der Versuch, die Krise über den Aufbau neuer Geschäftsbereiche wie Telekommunikation, IT oder Biochemie, zu überwinden, wirft Fragen über die Validität der internen Fortbildung aus, die nur über langfristige Umschulungsvorhaben die Kernbelegschaft auf neue Aufgabenbereiche vorbereiten kann.

Die überhängende Liquidität, das zögerliche Investitionsverhalten seitens der

Unternehmen und die spürbaren Lohneinbußen der Arbeitskräfte resultieren in der Deflation. Das fehlende Vertrauen in den Finanz- und Kapitalmarkt, genährt von den Erfahrungen der Bubble und dem Mißtrauen gegenüber der instabilen Politik der Japanischen Regierung, verstärken die abwartende Haltung der Haushalte.

#### 4. Ausblick auf die Zukunft des Toyotismus

Aufgrund dieser Entwicklung stellt sich nun die Frage nach der Zukunft des toyotistischen Akkumulationsmodells und nach der Natur der Krise. Aus regulationstheoretischer Sicht läßt sich argumentieren, daß jedes Akkumulationsregime auf einem stabilen Zusammenspiel von Institutionen beruht, das im wesentlichen Produktivitätssteigerungen garantiert. Die Regulation erfolgt durch die Aushandlung von sozialen Konflikten und durch Hierarchisierung der Institutionellen Formen zugunsten der Verwertungserfordernisse des Kapitals (Boyer und Yamada 2000). Wie oben dargestellt, wurde die Kohärenz des Regimes über die korporatistische Regulation sichergestellt. Die fehlende Wirkung der einstigen Krisenüberwindungsstrategien bei gleichzeitiger Kontinuität der zentralen Institutionellen Formen, nämlich Staat, Lohn- und Konkurrenzverhältnis, bestärkt die Annahme, daß es sich in Japan um eine Anpassungskrise handelt, die durch die Verschiebung in der Hierarchisierung der Institutionen verursacht und über die Transformation des Zusammenspiels von Lohnverhältnis und Geldverhältnis gelöst werden könnte.

Die Kontinuität in den zentralen Institutionen zeigt sich in der stabilen Verfassung der Triade Politik, staatlicher Bürokratie und Repräsentanten der obersten *Keiretsu*-Unternehmen.

Was die staatlichen Interventionen anbelangt, so konzentriert sich die Politik zwar auf die Deregulierung des Finanzsektors und die Liberalisierung einzelner Sektoren, wie etwa der Elektrizität oder der Telekommunikation. Aber der Entscheidungsfindungsprozeß und die Durchführung der Reformen orientieren sich nach wie vor an langfristigen Stabilitätszielen aus Sicht der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft. Die regulatorischen Reformen werden langsam und in Einklang mit notwendig gewordenen Restrukturierungen am Banken- und Finanzsektor durchgeführt. Dabei werden vor allem die langfristigen, positiven und negativen Auswirkungen von Deregulierung aufgrund der Erfahrungen in den USA und Europa laufend analysiert.

Als Beispiele für die bedachte Vorgehensweise auf dem Finanzmarkt, auch wenn sie möglicherweise zu einer weiteren Verzögerung des Aufschwunges führen wird, sei die anhaltende Kontrolle des Staates über die beachtlich dotierte Postsparkasse und die staatlichen Rentenkassen angeführt. Aus diesen beiden Kassen fließen dem Finanzministerium alljährlich rund 50 Billionen Yen zu, die zur Wohnbaufinanzierung, Subventionierung der Landwirtschaft und industrielle Strukturmaßnahmen herangezogen werden. Die Relevanz der damit finanzierten Maßnahmen wird weniger aufgrund von Rentabilitätskriterien, sondern von langfristigen Stabilitätsüberlegungen zur Erhaltung des gesellschaftlichen Kompromisses, beurteilt (NZZ 20./21. Mai 2000).

In diesem Zusammenhang sei auch auf das konformistische Verhalten des Staates bezüglich die Veräußerung von durchwegs rentablen Staatsbetrieben verwie-

sen. Während der Staat nicht zögert, marode Staatsbetriebe zu privatisieren, zögert er offensichtlich, das wachsende Budgetdefizit über die Veräußerung attraktiver Werte, wie etwa der öffentlichen Betriebsgesellschaft der Japanischen Autobahnen oder einer weiteren Privatisierung des Telekomriesen NTT, dessen mehrheitliche Mobilkommunikationstochter NTTDoCoMo seit 1999 zum Weltmarktführer im Bereich mobiler Internetdienste für den Massenmarkt geworden ist, zu finanzieren.

Im Konkurrenzverhältnis lassen sich bisher weder eine drastische Reduktion der wechselseitigen Aktienbeteiligungen und damit Auslieferung an kurzfristige Finanzmarktinteressen, noch eine massive Durchwanderung durch ausländische Investoren oder eine nachweisliche Schwächung der strategischen Kooperationen innerhalb und zwischen den Keiretsu nachweisen. Bemerkenswert ist auch in diesem Bereich, daß die stark ansteigenden Direktinvestitionen ausländischer Investoren – sie stiegen von unter 500 Mrd. Yen im Jahr 1998 auf über 1300 Mrd. Yen im Jahr 1999 – großteils in sanierungsbedürftige Unternehmen der traditionelleren Industriesektoren und in kapitalschwache Neugründungen des Finanzsektors fließen. Die Finanzierung durch ausländisches Fremdkapital wird lediglich als Strategie des »Last Resort« angesehen (Wall Street Journal, 28.3.2000).

Signifikanter erscheint die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Zulieferbetriebe, die Anpassungskosten der *Keiretsu*-Spitzen über Personaltransfers oder eigenfinanzierte Rationalisierungen, mitzutragen. Damit engen sie die Anpassungsmaßnahmen der Industriespitzen über die Flexibilitäten des Lohnverhältnisses ein und emanzipieren sich aus der finanziellen und strukturellen Abhängigkeit der obersten *Keiretsu*-Ebene.

Das internationale Regime hat sich insofern geändert, als der politische Druck seitens der Vereinigten Staaten die Märkte zu öffnen und den Finanzmarkt gänzlich zu liberalisieren, steigt. Die jüngste Schwächung des Yen sowie die Verlangsamung des US-Wachstums könnten Anlaß zu neuen Friktionen zwischen Amerika und Japan führen und den Liberalisierungsdruck intensivieren.

Damit bleiben als kritische Bereiche das Lohn- und das Geldverhältnis. Sowohl das japanische Kapital als auch die Arbeitnehmer sind merklich an der Aufrechterhaltung des sozialen Kompromisses interessiert. Die Stimmung in Japan hat sich im Vergleich zur Zeit kurz nach dem Platzen der Seifenblase jüngst ins Positive gekehrt. Aufgrund des drastischen Rückgangs der Bodenpreise und der deflationären Tendenzen erhalten die hohen Ersparnisse aus der Zeit der Bubble, die großteils über die Bonizahlungen finanziert wurden, einen neuen Wert. Die noch abwartende Haltung mag bald umschlagen und die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern ankurbeln. Trotz der spürbaren Lohnseinbußen – im Jahr 1998 wurden die geringsten Lohnsteigerungsraten seit dem Jahr 1965 verzeichnet und das verfügbare Haushaltseinkommen fiel erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg um 0,2% nominell – wurden bisher andere als die bewährten Anpassungsmassnahmen wie Reduktion der Neuzugänge, Personaltransfers und Zunahme von weiblicher Teilzeitbeschäftigung durch die Industrie vermieden (White Paper of Labour 1999). Dies stärkt die Zuversicht der männlichen Belegschaft und schwächt die Angst, durch frühzeitige Pensionierung oder gar Entlassung, in eine langfristige finanzielle Not zu geraten. Die weiblichen Arbeitskräfte zählen mitunter zu den Krisengewinnerinnen, da sie an unsichere Arbeitsaussichten gewöhnt, verstärkt nachge-

fragt und immer öfter in ähnliche Karrierewege wie die Männer eingegliedert werden.

Die am stärksten betroffene Schicht der jungen Arbeitssuchenden sieht in den wachsenden neuen Industriebereichen wie des Informations- und Kommunikationssektors, dem Gesundheits- und Sozialbereich sowie moderner Dienstleistungen, und dem erstmaligen Zugang zu Venture Capital, die mehrheitlich von den *Keiretsu* gespeist werden, teilweise eine Chance den überalterten Strukturen zu entwachsen und jenseits der tradierten Karrierewege ein eigenes Unternehmen zu gründen. Realistischerweise liegt bei der jungen Generation auch das größte Konfliktpotential zur Aufkündigung des sozialen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit. Steigende Zahlen von Schul- und Universitätsabbrechern zeugen von einem prinzipiellen Vertrauensverlust in das bestehende System und wirft die Frage nach dem Generationswechsel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf. Noch wird Japan von der Nachkriegsgeneration gelenkt, die mehr an Stabilisierung denn Liberalisierung interessiert scheint.

Die abschließende Tabelle 1 faßt die institutionellen Formen des Toyotismus zusammen.

## Literatur

- Annual Report on National Accounts, Economic Research Institute, Economic Planning Agency (Apr. 10, 2000), Tokyo
- Aoki M. (1988), *The Japanese Firm in Transition*, in: Takashi I., Okimoto D. (1988), *The Political Economy of Japan*, Vol. 2: The Changing International Context, Stanford
- Boyer R., Juillard M. (1995) *Has the Japanese Wage-Labour Nexus Reached its Limits?*, Arbeitspapier zum Int. "Symposium on Regulation Theory", Kumamoto Daigaku University, September 1995
- Boyer R., Yamada T. (2000), *Japanese Capitalism in Crisis. A regulationist interpretation*, London
- Hanley S., Yamamura K. (1977), *Economic and Demographic Change in Preindustrial Japan 1600 - 1868*, New Jersey
- Kashiwabara C. (1999), *Financial Liberalization, Deregulation and Monitoring in Japan*, in Kagami M., Tsuji M. Hrsg. (1999), *Privatization, Deregulation and Institutional Framework*, IDE, Tokyo
- Kitajima M. (1959), *Edo jidai (Die Edozeit)*, Iwanami Shinsho, Tokyo
- Kuwahara Y. (1990), *Changing Industrial Relations in the Context of Industrial Restructuring: The Case of Japan*. in: Bulletin of Comparative Labour Relations 20, Issue: *Economic Restructuring and Industrial Relations in Industrialised Countries.*, R. Blanpain, Hrsg., Kluwer Law and Taxation Publishers, Boston
- Miyamachi Y., Peck J. A. (1994), *Regulating Japan?: Regulation Theory versus the Japanese Experience*. in: Environment and Planning D: Society and Space SPA, Vol. 12, SS. 639 - 674
- Miyamoto M., Abe T., Udagawa M. (1995), *Nihon keiei shi - Nihon kata kigyōkeiei no hatten, Edo kara Heisei he (Die Geschichte der Unternehmensführung in Japan - Die Entwicklung und Verbreitung des japanischen Typs der Unternehmensführung: Von der Edo-Zeit bis zur Heisei-Zeit, Yūhikaku, Tokyo)*
- Nabeshima N. (2000), *The Financial Model of regulation in Japan and its Demise*, in: Boyer und Yamada (2000)
- Nakamura T. (1994), *Economic History of the Showa Era*, LTCB International Library Foundation Tokyo
- Neue Zürcher Zeitung, 20./21. Mai 2000
- Oberländer C. (1998), *Sozialpolitik und Sozialsysteme*, in: Deutsches Institut für Japanstudien (1998), *Die Wirtschaft Japans*, Berlin

- Pörtner P., Heise J. (1995), *Die Philosophie Japans*, Frankfurt am Main
- Pyle K. (1969), *The New Generation of Meiji-Japan: Problems of Cultural Identity*
- Shimada S. (1994), *Grenzgänge – Fremdgänge*. Japan im Kulturvergleich, Frankfurt am Main
- Suzuki Y. (1987), *The Japanese Financial System*, Oxford
- Tsuru T. (1995), *The Determinants of Union Decline in Japan*, in: Labour Issues Quarterly, Winter 1995 No. 26
- Uemura H., Isogai A (1995), *The Hierarchical Market Firm Nexus*, Arbeitspapier zum Int. "Symposium on Regulation Theory", Kumamoto Daigakuen University, September 1995
- Waldenberger F. (1998), *Das Finanzsystem*, in: Deutsches Institut für Japanstudien (1998), *Die Wirtschaft Japans*, Berlin
- Wall Street Journal, 28.3.2000
- White Paper of Labour 1999, Ministry of Labour, Tokyo. Abrufbar unter [http://www.mol.go.jp/english/white\\_paper/1\\_1.htm](http://www.mol.go.jp/english/white_paper/1_1.htm)
- Yamada T. (1995), *Kigyo Shugi Regyurashion – Nani ka Sôten ka: Unternehmenszentrierte Regulation – Umstrittene Argumente*, Working Paper, Volkswirtschaftliche Fakultät, Universität Nagoya
- Yamada T. (2000), *Japanese capitalism and the companyist compromise*, in: Boyer und Yamada
- Yamamura K., Yasuba K., Hrsg. (1987), *The Political Economy of Japan*, Vol. I, *The Domestic Transformation* sowie die beiden weiteren Bände: Inoguchi T., Okimoto D., Shunpei K., Rosovsky Hrsg. (1988 und 1992), *The Political Economy of Japan*, Vol. II, III, alle Stanford University Press

Tabelle 1: Das Toyotistische Akkumulationsregime (eigene Zusammenstellung)

Institutionelle Form	Frühe Formen des Toyotismus 1955–1973	Toyotistische Phase 1974–1991	Krisenphänomene des Toyotismus (1991 bis zur Gegenwart)
Staatliche Interventionen	Geringe Ausbildung des Wohlfahrtsstaates Ausrichtung des Bildungssystems auf die generalistischen Erfordernisse des »aufholenden« Industriekapitals Japanische Zentralbank spricht Sicherheitsgarantie für Hausbanken aus, Finanzministerium steuert die Kreditvergabe über die Kontrolle des Kapitalmarktes MITI identifiziert und stützt Wachstumsbranchen; beschränkt oder fördert Konkurrenz in ausgesuchten Branchen Konzentration auf Schwerindustrie und Sättigung der Binnenmarktnachfrage	Förderung der exportorientierten Technologieektoren Reform der Administration führt zu Rücknahme direkter Lenkungsingriffe und Verlagerung auf indirekte Steuerungsmaßnahmen Grossangelegte Infrastrukturprojekte werden durch öffentliche Hand finanziert und fangen zurückgehende Kreditnachfrage der Unternehmen auf. Steigendes Budgetdefizit führt zu mehreren Anhebungen der Steuern	Steigendes Budgetdefizit Misstrauen der Bevölkerung in Politik Verlagerung der traditionellen Bürokratie Langsame Deregulierung ausgewählter Sektoren Verlagerung der Gesellschaft verursacht Ausbau des Wohlfahrtsstaates
Konkurrenzverhältnis	Herausbildung horizontaler und vertikaler Keiretsu finanziert über Kreditaufnahmen bei Hausbanken Flexible Arbeitsteilung in den Betrieben und innerhalb der Unternehmensgruppe Binnenmarktorientierung (Stabilisierung der mittelfristigen Inlandsnachfrage)	Verfestigung der flexiblen Betriebsstruktur und der Marktstruktur, die durch die Existenz und die Struktur der Keiretsu charakterisiert ist. Weitere Flexibilisierung der Massenproduktion Exportorientierung	Keiretsu wird ausländischen Finanzmarktkinteressen unterworfen; Konkurrenz verlagert sich auf Qualität und Innovation Flexibilisierung der Massenfertigung stößt an ihre Grenzen Überkapazitäten und Wegfall der asiatischen Märkte Polarisation der Markt ausgerichtung je nach Sektor
Lohnverhältnis	Geringe tayloristische Ausprägung; Keine Trennung von Planung u. Ausführung Lohnaushandlung durch das Instrument des Shuntō Die realen Löhne wachsen weniger als die Produktivität, sind aber über die Frühjahrsverhandlungen an die Produktivitätszuwächse gebunden Unternehmensgewinne werden über Boni weitergegeben	Verlangsamung des Lohnanstiegs zugunsten einer hohen Investitionsintensität. Dafür granieren Unternehmen Beschäftigungssicherheit, der Kernbelegschaft (Stagnation, Lohnanteil sinkt, kann dann aber durch die Verlagerung auf die Exporte abgefangen und aufgrund hoher Profite im Exportbereich stabilisiert werden, Löhne steigen gemäßigt, aber stabil)	Der gesell. Kompromiss wird durch die Gefährdung der Arbeitsplätze erschüttert Anpassungsmechanismen des Lohnverhältnisses zeigen kein kurzfristigen Effekte Schwächung des Shuntō
Geldverhältnis	Der Kapital- und Finanzmarkt sind direkt an die Industrielle Entwicklung gekoppelt. Fragmentiertes und reguliertes Trennbankensystem Politik des billigen Geldes Die Wechselkurse des Japanischen Yen zum Dollar ist zunächst unterbewertet; in den späten 60/er Jahren überbewertet	Beginn der Finanzmarkliberalisierung Aufwertung des Yen ( <i>sendaka</i> ) v.a. zur Verbilligung der Rohstoffe; Schwächung des Hausbankensystem vermindert Kontrolle über den Kapitalmarkt; Banken betreiben risikoreiche Geschäfte und vergeben hohe Kredite an den Immobiliensektor und später ungesicherte Kredite an Haushalte	Deregulierung des japanischen Finanzmarktes, Schwächung des Hausbankensystems. Der hohe Wechselkurs des Yen hält an und motiviert die Unternehmen ihre Produktion in asiatische Billiglohnländer zu verlegen
Internationales Regime	Stabilisierung der internationalen Stellung der Japanischen Wirtschaft dank der gemeinsamen Sicherheitspolitik mit den Vereinigten Staaten. Die politische Stabilität in Japan wirkt sich positive auf die Binnenmarktentwicklung aus	Desabilisierung der intern. Finanzmärkte durch das flotierende Währungssystem; polit. Liberalisierungsdruck der US-Regierung steigt; Anschluss an intern. Technologieniveau verändert polit. Orientierung an externen Vorbildern	Wandel der Handelsstruktur, Stärkung des Handels mit asiatischen Ländern Wachstumsboom der US
Regulation	Korporatistische Regulation; dezentralisiert, vermittelt durch stark hierarchische Strukturen in der Gesellschaft und den industriellen Unternehmen	Verfängerung und Verfestigung der korporatistischen Regulation und Internalisierung der Regulationsweisen durch die Akteure	Krise der Institutionen und Strukturen löst die Suche nach neuen Regulationsweisen aus Geldverhältnis wird dominant